

Sehr geehrte Damen und Herren,

meine Vorredner haben schon viele Facetten der Problemen angedeutet, da es hier aber um ein vielschichtiges Komplex handelt, möchte ich weder über Berliner oder westdeutsche „Problembezirke“, über „Kopftuchmädchen“, „Kriminelle Lybaneserklans“ noch über „Unterblichtete Muslime“ reden. Das tun genug Leute bereits, diese Schlagzeilen beherrschen die Medien, man hat gar den Eindruck, da will ein riesiger „Markt“ bedient werden.

Ich möchte mich nur auf Sachsen und insbesondere auf Dresden beschränken und mit einem kleinen Beispiel zum Thema „nützlichen“ und - dem daraus leicht abzuleitenden - „unnützlichen“ Ausländer beginnen. Nach der Ermordung von Marwa El Sherbiny wurde von uns eine Kundgebung organisiert, da redete der Erste Bürgermeister von Dresden, Dirk Hilbert (FDP) so: „Hier bei uns sind alle hochqualifizierten Ausländer herzlich willkommen!“

Was die zweite Interpretationsebene bedeutet, muss man nicht erklären. Trotzdem, ich glaube wirklich, dass es ihm nach seinen ökonomischen Prinzipien tatsächlich egal ist, woher eine gute Fachkraft kommt, solange er seine Steuern und Abgaben hier entrichtet. Dennoch – und das ist verwerflich - er selbst würde vermutlich nie einen Mitarbeiter mit Migrationshintergrund einstellen. Und damit ist er nicht alleine, man kann lange mit der Lupe in der Dresdner Verwaltung, in den Behörden, im Landtag nach einem Mitarbeiter ausländischer Herkunft suchen. Diese Einstellung teilen auch leider viele Firmen in Sachsen.

Nun, das Leben – und die Gesetze des Marktes – wird sie eines besseren belehren.

Zweitens zum Thema Partizipation von Migranten in der Politik. Die Schuld würde ich - im Gegensatz zu meinen Vorrednern - keinem der beiden Seiten alleine zuschieben.

Die Migranten müssen sich mehr anstrengen, keine Frage, ich stimme dem voll überein. Die Vergangenheit hat es gezeigt, dass das Wohlwollen von Wenigen aus der Mehrheitsgesellschaft alleine nicht ausreicht. Wie lange wollen wir dass andere für uns sprechen? Wir müssen selbst aktiv werden und politische Verantwortung übernehmen! Lange Jahre war es schwierig, da viele Vereine und Organisationen nicht über ihre eigene Ethnie und Kulturkreis hinaus handeln wollten und konnten. Diese Teilung der Kräfte hat die konservative Seite schonungslos für ihre Zwecke ausgenutzt. Deswegen war es ein Meilenstein, als dieses Jahr durch die Arbeit des Sächsischen Migrantenbeirates eine breite, ethnien- und religionsübergreifende Allianz der Vereine geschmiedet wurde und nach einer erfolgreichen Tagung ein einstimmig beschlossenes, gemeinsames Positionspapier zum Entwurf des Sächsischen Integrationskonzeptes verabschiedet werden konnte.

*Und jetzt komme ich auf die andere Seite zu – es ist wirklich empörend, dass seit der Übergabe im Sommer an die demokratischen Fraktionen keine Reaktion auf dieses Dokument kam. Selbst die Parteien, die sonst Integration groß auf ihre Fahne zu schreiben pflegen, haben keinerlei Verhandlungsbereitschaft gezeigt. Die Hoffnungen auf ein echtes Interesse hatten sich bis jetzt nicht bestätigt. Ist es aber überraschend?*

*Ein zutreffendes Beispiel war dafür das Straßenfest am Samstag im Rahmen der Interkulturellen Tage. Es war kaum zu übersehen, dass kein Bürgermeister, kein Stadtratsmitglied, kein Abgeordnete des Landtages den langen und beschwerlichen Weg zum Dresdner Gomondaiplatz (Albertplatz) gefunden hat, wohl gemerkt, bis zum späten Nachmittag hat sogar das Wetter gut mitgespielt.*

*Logisch betrachtet, ist dieses Desinteresse fast verständlich, da es sich hier um Menschen handelt, die sich über keinerlei politische Stimme verfügen, daher kein Lobby oder Druckmittel für ihre berechtigten Forderungen aufbringen können.*

*Das sind aber Menschen. Menschen, die seit 10, 20, 30 Jahren hier leben oder gar hier geboren sind, die hier ihre Steuern und Abgaben entrichten. Diese Menschen können sich nicht mal vor Ort bestimmen, wer über ihr Schicksal entscheiden soll. Und selbstverständlich haben sie nicht die Chance, mit ihrer Wählerstimme Mitzugestalten: „Du hast 7 Jahre lang nichts für uns getan, wir wählen dich ab!“ oder „Du hast dich für uns engagiert eingesetzt, auf diesem Weg muss man so weitergehen!“*

*Daher ist meines Erachtens nach politische Mitbestimmung auch Menschenrecht! Sonst fehlt jegliche Möglichkeit echter politisch-gesellschaftlicher Partizipation! Diese Diskriminierung kann man nur durch das Einführen des allgemeinen kommunalen Wahlrechtes abschaffen!*

*Machen wir uns aber keine Hoffnungen: Es wird ein langer Prozess. Dennoch: Vor 100 Jahren lachte man nur über Menschen, die den „Unsinn“ Wahlrecht für Frauen propagierten. Und heute ist es Selbstverständlichkeit. Nun es ist Zeit, die Angelegenheit der größten und politisch weitgehend diskriminierten Gruppe in unserem Land anzupacken.*

*Dankeschön!*